ABGEORDNETEN-GESCHÄFTE

Lemmer unterschrieb

Der Generalleutnant der Volkspolizei Erich Mielke eröffnete das Gespräch und sagte: „Herr Lemmer, Sie sind im Bundeshaus beschäftigt, Sie haben Einblick in viele politische Vorgänge. Sie kennen die prominenten Leute, ihr Privatleben, ihre Schulden . . ."

Das Gespräch zog sich noch einige Nachtstunden hin, da hielt Erich Mielke den Zeitpunkt für gekommen, seinem Besucher Lemmer eine Verpflichtungserklärung hinzuschieben, die der Bonner Gast des Vopo-Generals unterschreiben sollte. Lemmer sollte sich bereit erklären, „mit den Organen des Staatssicherheitsdienstes zusammenzuarbeiten".

Lemmer unterschrieb, und Mielke erläuterte später: „Sie sammeln Geheimunterlagen, wir schicken Ihnen Agenten und lassen das Material abholen."

Diese Szene spielte sich in der Nacht vom 4. zum 5. Februar 1955 etwa 50 Kilometer außerhalb Berlins in der Sowjetzone ab. Der Bonner Besucher Lemmer* war der Sekretär des CSU-Bundestagsabgeordneten Anton Donhauser. Lemmer wird in den Listen des Bundestags, aus dessen Kassen er sein Grundeinkommen bezieht, als Kraftfahrer Donhausers geführt, obgleich er Aktionen unternimmt, die normalerweise nicht gerade Kraftfahrern anvertraut werden.

Lange bevor Lemmer in der Sowjetzone diese Unterredung hatte und den Verpflichtungsschein zur Mitarbeit bei der sowjetzonalen Geheimpolizei unterschrieb, war er ins Bundeshaus gekommen, dank irgendwelcher Verdienste, die er sich früher um die bayrische CSU erworben hatte, so daß Parteifreunde glaubten, etwas für ihn tun zu sollen. Zuvor hatten sie ihm schon eine Anstellung bei der Einfuhr- und Vorratsstelle in Frankfurt am Main beschafft, wo Lemmers Posten aber einer behördlichen Einsparungsmaßnahme zum Opfer fiel.

So traf es sich gut, daß einflußreiche Männer der Bonner Landesgruppe CSU zu der Überzeugung gekommen waren, es sei richtig, ihrem Parteifreund Anton Donhauser einen kundigen Kaufmann als Sekretär ins Arbeitszimmer zu setzen, der „dem gutmütigen Schaf Donhauser, das von Wirtschaftsdingen nichts versteht" (Lemmer), etwas zur Hand gehen konnte**.

Fink will beobachten

Bald nachdem er seine Tätigkeit im Bundeshaus aufgenommen hatte, hörte Lemmer von der Möglichkeit, in ein provisionsverheißendes Interzonenhandelsgeschäft einzusteigen. Gegenstand des Handels waren 4000 Tonnen Dosenfleisch, das — aus der Berliner Blockadeverpflegung stammend — seit Jahren in Berlin lagerte. Diese Fleischvorräte werden jedes Jahr ergänzt, wobei der jeweils älteste Jahrgang der Vorräte abgestoßen wird.

Die Nürnberger Fleischwarenfabrik Schafft (SPIEGEL 29/1955) hatte den Posten an die Hand bekommen. Lemmer holte sich beim Oberregierungsrat Wittig vom Bundesernährungsministerium die Versicherung, daß großes Interesse daran bestehe, dieses Fleisch in der Sowjetzone abzusetzen.

Nachdem außerdem der Bescheid der Fleischfirma Schafft aus Nürnberg vorlag,



Volkspolizei-General **Mielke**
Ein Besucher aus Bonn

daß die Flugkarte für die Hin- und Rückreise in Frankfurt hinterlegt sei, entschloß sich Lemmer zur Abreise in die alte Reichshauptstadt. Sein Chef Donhauser, den er zuvor wegen der Beteiligung an diesem Unternehmen konsultierte, hatte dem Sekretär dringend angeraten, sich alle etwa entstehenden Spesen vorher von Schafft zahlen zu lassen.

Am 3. Februar 1955 landete Lemmer in Berlin-Tempelhof. Im Flughafenrestaurant traf er den Rechtsanwalt Dr. Eduard Maier, den ehemaligen Schatzmeister der Bayernpartei, der schon früher mit dem Wagen nach Berlin gefahren war, und einen Deutsch-Amerikaner namens Heinz



West-Ost-Vermittlung **Maier**
... sollte Ost-Spitzel werden

Kuhn. Kuhn und Maier hatten sich während gemeinsamer Untersuchungshaft in Bayern kennengelernt und bei der Vorbereitung des Fleischkonservengeschäfts Wesentliches geleistet.

Schließlich wurde Sekretär Lemmer in Berlin-Tempelhof auch noch von dem Direktor Fink von den Fleischwerken Schafft erwartet, der die Abwicklung des Konservengeschäfts aus der Nähe beobachten wollte.

Donhauser-Sekretär Lemmer aus Bonn wurde im Hotel Kempinski am Kurfürstendamm einquartiert. Immer wieder während dieser ersten Stunden — so erinnert sich Lemmer — habe der Dr. Maier auf ihn eingeredet, daß es nur von seinem — Lemmers — geschickten Verhalten abhängen werde, ob das Geschäft in Ordnung gehe. Am Gelingen dieses Geschäfts war selbstverständlich allen Beteiligten gelegen, denn die Firma Schafft hatte eine Provision von zwei Prozent des Abschlußwertes ausgesetzt.

In einer Pension im Westsektor erörterte Lemmer noch einmal mit dem Oberregierungsrat Wittig vom Bundesernährungsministerium — auch er war zufällig in Berlin — und dem Fleisch-Direktor Fink die westdeutschen und die kaufmännischen Gesichtspunkte dieses aussichtsreichen Unternehmens.

Während dann der Sekretär am Abend mit seinem Chef Donhauser telephonierte, begaben sich Kuhn und Maier gen Osten, um Lemmers für den nächsten Tag vorgesehenen Besuch vorzubereiten. Etwa um Mitternacht kamen sie zurück und kündigten an, daß der Bonner Reisende am nächsten Vormittag in einer privaten Villa am östlichen Stadtrand mit Männern der „ersten Garnitur" zusammentreffen werde. Dort würde er Gelegenheit finden, die alten Konserven unter Dach zu bringen, die zu herabgesetzten Preisen und mit zwei Prozent Provision für die Beteiligten den nagenden Hunger der Brüder im Osten stillen sollten.

Am 4. Februar — es war ein Freitag — traf Lemmer kurz nach zehn Uhr mit dem Fleisch-Direktor Fink sowie mit Kuhn und Maier zusammen. Lemmer bat die Anwesenden, um seine Sicherheit besorgt zu sein, wenn er bis 15 Uhr nicht zurück sei, bestieg mit Kuhn ein Taxi bis zum Zoo und fuhr vom Bahnhof Zoo aus mit der S-Bahn zum Bahnhof Friedrichstraße (Sowjetsektor).

Dort erwartete die beiden S-Bahn-Fahrer Lemmer und Kuhn ein kräftiger, untersetzter Herr im Ledermantel mit bayrischem Hut, der sich mit „Köhler" vorstellte und die beiden Besucher vor dem Bahnhof zu einer SIM-Limousine führte, die in Lemmers späteren Berichten als „Molotow-Wagen" figuriert, mit verhängten Scheiben und allen Kennzeichen des östlich düster Geheimnisvollen.

Das Ende der Fahrt war nach Lemmers Erinnerung erst erreicht, als der Wagen 51 Kilometer außerhalb Berlins an einem sowjetischen Flugplatz vor einer Villa hielt. Hier empfing ein Herr Krauß.

In einem kalten Zimmer bat er, Platz zu nehmen und eröffnete die Unterhaltung. Lemmer: „Ich habe erst gefragt, ob hier Abhörvorrichtungen im Zimmer sind; das wurde verneint. Als ich dann gegen die kalte Bude protestierte und darauf hinwies, daß ich sehr zuckerkrank sei, meinte Krauß: ‚Wir ersetzen Holz und Kohlen durch Kognak unserer sowjetischen Freunde.'"

Nun wollte Lemmer aber endlich die Männer der ersten Garnitur sprechen, die ihm Kuhn und Maier am Abend zuvor

* Nicht verwandt mit dem Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Ernst Lemmer.

** Der Bundestag hat die Immunität des Abgeordneten Donhauser aufgehoben. Dem Abgeordneten wird vorgeworfen, er habe an einer versuchten Richterbestechung mitgewirkt (SPIEGEL 48/1955).



BRENTANO IST FAVORIT

unter den präsumtiven Kanzlernachfolgern, jedenfalls nach Ansicht der Bundesdeutschen. Das ist das Ergebnis einer Meinungsumfrage, die das Institut für Meinungsforschung der Emnid KG., Bielefeld, zum Thema „Kanzlernachfolge" veranstaltete. 2100 Personen über 16 Jahre, ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung des Bundesgebietes, wurden gefragt: „Bekanntlich ist in England Premierminister Churchill vor einiger Zeit zurückgetreten und hat einem Nachfolger Platz gemacht. Wenn bei uns ein solcher Fall eintreten würde, wen würden Sie dann für den würdigsten Nachfolger Dr. Adenauers als Bundeskanzler halten? Hier ist eine kleine Liste, die Namen von CDU/CSU-Politikern enthält. Die CDU/CSU würde als stärkste Fraktion im Bundestag den Nachfolger von Dr. Adenauer als Bundeskanzler zu stellen haben. Würden Sie diese Liste, bitte, noch einmal anschauen und dann denjenigen angeben, den Sie unter den Genannten für den würdigsten Nachfolger Dr. Adenauers halten würden?" Zwanzig Prozent der Befragten machten keine Angaben. Eine analoge Befragung wurde schon einmal im Mai 1955 veranstaltet. Damals sprachen sich 18 Prozent für Bundesaußenminister Brentano aus, 34 Prozent wußten damals noch keine Angaben zu machen.

versprochen hatten. Er fragte nach Staatssekretär Gregor vom sowjetzonalen Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel. „Der kommt gleich", hieß es, und während langsam eine politische Unterhaltung angekurbelt wurde, gab es chinesische Pilze, bulgarisches Fleisch, Kartoffeln und Nahe-Wein.

Bei Essen und Diskussionen wurde es später und später. Krauß deutete an, daß er Lemmer noch zu Gregor führen werde, vom Aufbruch oder von der Ankunft des Staatssekretärs sprach aber keiner.

Endlich erschienen statt des ersehnten und oft erwähnten Staatssekretärs um halb sieben Uhr zwei Hauptabteilungsleiter seines Ministeriums, von denen sich einer — Herr Woschischek — in Lemmers Erinnerung einen festen Platz als Fachmann gesichert hat. Mit ihm wurde auch ein Gespräch über die Handelsgeschäfte möglich, wobei sich allerdings recht bald herausstellte, daß niemand in der DDR die Absicht hegte, die zur Debatte stehenden Fleischkonserven zu kaufen. An lebendem Schlachtvieh war man interessiert, außerdem — wie Lemmer in einem aufschlußreichen Gespräch ermittelte — an Altmetall, Kupfer, Rohkaffee, vollfettem Käse und Kakaobohnen.

Zur technischen Abwicklung aller Geschäfte, die Woschischek als interessant angedeutet hatte und die auch für Lemmer weder fremd noch ohne Reiz waren, hatte Woschischek noch ergänzt: „Die Einzelheiten solcher Lieferungen müssen Sie mit unserer nachgeordneten Dienststelle, dem DIA*, besprechen ... Dann fahren Sie in den Westen, sprechen mit den in Frage kommenden Lieferfirmen und machen uns ein Sammelangebot. Ich führe Sie gern beim Ministerium ein, wenn es soweit ist."

Diese Ermunterung Woschischeks vom 5. Februar erklärt, warum im Arbeitszimmer des Abgeordneten Donhauser im Bonner Bundeshaus der Sekretär Lemmer immer wieder in langen, aber kostenlosen Orts-, Fern- und Auslandsgesprächen über Käse und andere Handelswaren, über Bewilligungen, Provisionen und Spesen verhandelt, über Themen also, die eher in die Büroräume einer Exportagentur gehören als in das Arbeitszimmer eines Bonner Abgeordneten.

In der sowjetzonalen Villa war es am 5. Februar bei den Gesprächen zwischen Lemmer und Woschischek mittlerweile 21 Uhr geworden, so daß der Sekretär aus Bonn noch einmal nachfaßte: „Kann ich nun Gregor sprechen?" Herr Krauß telephonierte, allerdings ohne irgendein Ergebnis. Also wurde Lemmer schärfer: „Das ist eine Unverschämtheit, mich stundenlang im kalten Zimmer warten zu lassen, und jetzt fahre ich auch noch ohne Vertrag zurück!" Von dieser Rückfahrt war jedoch, wie Lemmer nur zu bald merken sollte, noch gar keine Rede.

Lemmer erzählt vielmehr, daß man ihn nach den Gesprächen mit Woschischek in die „Sicherheitszone" gebracht habe. In einem großen Kasernenblock ging es in das 3. Stockwerk. Ein sowjetischer Offizier nahm ihn in Empfang, führte ihn durch einen Raum, in dem zwei uniformierte Sowjetfrauen saßen, und forderte ihm endlich im Vorzimmer des Generalleutnants der Polizei Mielke — soviel habe er, berichtet Lemmer, immerhin an den Türschildern erkannt — seinen Paß ab, ehe er ihn zu dem General hineingeleitete.

Man machte sich bekannt, Mielke bat den unter so ungewöhnlichen Umständen zu seinem Besucher gewordenen Bonner Herrn, doch abzulegen, was Lemmer eigentlich gar nicht vorhatte. Darauf Mielke: „Wir haben die ganze Nacht zu Verhandlungen mit Ihnen vorgesehen. Es steht ein Arzt zur Verfügung, wir haben Essen hier..."

Und dann — so berichtet der Sekretär aus Bonn — brachte Mielke sein Anliegen vor, das dem Lemmer einige Lichter aufgehen ließ: „Herr Lemmer, Sie sind im Bundeshaus beschäftigt, Sie haben Einblick in viele politische Vorgänge, Sie kennen die prominenten Leute, ihr Privatleben, ihre Schulden..."

Auf der Linie dieser Fragen bewegten sich dann im weiteren Verlauf des Gesprächs alle Ansätze Mielkes, dem Lemmer Bonner Interna zu entlocken. Besonders über Vorgänge in der unmittelbaren Umgebung Lemmers in Bonn zeigte er sich wohlinformiert. Endlich bot Mielke an, der Donhauser-Adlatus könne mit Otto John — der damals noch sowjetzonales Paradepferd war — essen, falls ihm danach sei. Auch den geflohenen Bonner Abgeordneten Schmidt-Wittmack holte Mielke — nach Lemmers Darstellung — in diesem Zusammenhang aus der Wundertüte der gesellschaftlichen Möglichkeiten, die er vermitteln konnte.

Nach einem Hinweis, daß die Geschäfte besser laufen würden, wenn sich Lemmer zu Äußerungen bereit finde, flocht Mielke recht ernst ein, es bestehe allerdings die Möglichkeit, alle etwaigen Angaben aus Bonn binnen 24 Stunden zu überprüfen, weshalb vor Spielmaterial gewarnt werde.

Die Zeit verging rasch, Mielkes Taktik wechselte, und endlich schlug er dem Besucher aus Bonn — der eigentlich Dosenfleisch hatte verkaufen wollen — vor, Lemmer solle eine Verpflichtungserklärung unterschreiben, „mit den Organen des Staatssicherheitsdienstes zusammenzuarbeiten".

War es nun die Kälte, der man den kranken Lemmer einen Tag lang ausgesetzt hatte, waren es die ständig wechselnden und unerwarteten Eindrücke des Abends, war es die ermüdende Langeweile des Wartens gewesen, die den Sekretär

* „Deutscher Innen- und Außenhandel."

weich gemacht hatte, auf jeden Fall: Er unterschrieb.

Draußen war die Nacht kalt und klar, als Krauß in den langen Fluren des Kasernenblocks den Besuch aus dem Westen wieder in Empfang nahm. Er begleitete ihn zum Potsdamer Platz. Schweigend saßen beide hinten im Wagen, während der Fahrer schaltete, aufblendete, bremste, anfuhr. Kurz vor dem Ziel nahm Krauß einige Geldscheine aus der Tasche und reichte sie wortlos Lemmer hin. Dazu der Sekretär: „Ich habe ihn auf die Hand geschlagen. Das hinderte ihn nicht, mir noch beim Verlassen des Wagens zu sagen: ‚Morgen wird der Vertrag gemacht, halten Sie sich bereit, wir lassen Sie holen.'"

Lemmer aber flog nach Frankfurt zurück und rief von dort seinen Abgeordneten Donhauser an, der in München war. Lemmer: „Ich verständigte ihn über den Mißerfolg und die unmöglichen Vorkommnisse."

Am nächsten Morgen — Donhauser war wieder in Bonn — verfaßte Lemmer „einen Erfahrungsbericht für den Bundeskanzler über meine Erlebnisse im Ostsektor". Dann schaltete sich Donhauser ein und alarmierte über einflußreichere Parteifreunde den Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ritter von Lex, der seinerseits das Bundeskriminalamt auf Lemmers Erzählungen hin in Bewegung setzte.

Das alles hat den Donhauser-Sekretär Lemmer, der im Bundestag als Kraftfahrer des Abgeordneten fungiert, allerdings nicht abgehalten, weitere Geschäfte mit der Sowjetzone einzuleiten. Sein Mittelsmann war dabei wieder der Deutsch-Amerikaner Kuhn. Noch Mitte September sagte ihm Lemmer aus dem Bonner Bundeshaus telephonisch die Hopfenpreise durch, die Kuhn einem Bekannten zur Weiterleitung an die Sowjetzone übermitteln sollte.

Die Berliner Blockade-Fleischkonserven wurden inzwischen abgesetzt. Nicht in die Sowjetzone, sondern an eine Großeinkaufsgenossenschaft in Westdeutschland.

SAAR

REGIERUNGSBILDUNG

In Saarbrücken wird zur Zeit geprüft, wie die neue saarländische Regierung, die auf Grund der Landtagswahlen gebildet werden muß, bei ihrem Amtsantritt die erste verfassungsrechtliche Hürde nehmen soll. Nach Artikel 91 der geltenden Saarverfassung müssen Ministerpräsident und Minister bei ihrem Amtsantritt dem Landtag den Eid leisten, „ihr Amt unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohle des Volkes zu führen". Die Verfassung, der die neuen Minister die Treue schwören sollen, legt aber die „organische Einordnung des Saarlandes in den Wirtschaftsbereich der französischen Republik" und die „politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich" fest. Dr. Heinrich Schneider, der Vorsitzende der „Demokratischen Partei Saar", ließ in Saarbrücken durchblicken, daß er, sollte er an der Regierungsbildung beteiligt werden, die Eidesleistung notfalls ablehnen werde, bis die Präambel der Saarverfassung vom Landtag abgeändert worden sei. Bei der Saar-CDU wurde gleichzeitig die Möglichkeit ventiliert, ob der Eid nicht „unter Vorbehalt" abgelegt werden könne. In beiden Fällen müßten die Minister der neuen Regierung damit rechnen, daß sie von der Opposition des Verfassungsbruchs bezichtigt werden.

ZOLLGRENZEN

Franc oder Mark?

Selten hat es in den deutschen Grenzorten des Landes Rheinland-Pfalz einen solchen Käuferansturm gegeben wie am Goldenen Wahlsonntag an der Saar. Während die saarländischen Wechselstellen an der Grenze nach Rheinland-Pfalz in normalen Zeiten je Woche 220 Millionen bis 250 Millionen Francs in D-Mark umtauschen, wuchs diese Summe in der Weihnachtszeit auf 600 Millionen bis 700 Millionen Francs wöchentlich*.

Viele Saarländer glaubten offensichtlich, daß sie nach der Landtagswahl sehr bald



Saardemokraten-Chef **Schneider**
„In fünf Jahren ist der Spuk vorbei"

auf den Vorteil verzichten müßten, den ihnen der günstige amtliche Umwechslungskurs von 83,5 Francs gegen eine D-Mark (der Kaufkraft nach ist die D-Mark aber etwa 105 Francs wert) bietet — deshalb der Run auf deutsche Läden zum vielleicht letzten billigen Weihnachtseinkauf.

Seit den späten Abendstunden des Goldenen Sonntags jedoch sind die Chancen gestiegen, daß eine Blitzreise von Saarbrücken nach Landshut oder Zweibrücken in der Rheinpfalz auch in Zukunft noch eine lohnende Sache bleiben wird. Das Ergebnis der Saarwahlen läßt — auf einen kurzen Nenner gebracht — den Schluß zu, daß die Zoll- und Währungsgrenze zwischen Deutschland und Frankreich weiterhin auf der Ostseite des Saargebiets bei Baumholder und Zweibrücken und nicht — wie früher einmal — auf der Westseite bei Forbach und Saargemünd verlaufen wird.

Von den 38 Sitzen, die die deutschen Heimatbund-Parteien in dem fünfzigköpfigen Saarlandtag hätten erringen müssen, um die Verfassung mit Dreiviertelmehrheit ändern und die französisch-saarländische Zoll- und Währungsunion formell ad acta legen zu können, konnten sie nur 33 für sich erobern. Zumindest die 13 Abgeordneten der „Christlichen Volkspartei" Johannes Hoffmanns wollen nun ihre Zustimmung zu einer politischen und juristischen Rückgliederung der Saar nach Deutschland von der Bedingung abhängig machen, daß die französisch-saarländische Zoll- und Währungsunion erhalten bleibt.

Hoffmanns letzter Wirtschaftsminister Franz Ruland, 54, nach Hoffmanns Verzicht Spitzenkandidat der CVP im vergangenen Wahlkampf, gab es bei einem Glas Bier in Saarbrücken vorsorglich zum besten: „Über alles läßt sich reden. Nur eine neue Zollgrenze bei Forbach (an der Grenze zum französischen Lothringen) ist weder für Frankreich noch für uns zumutbar."

Damit haben die christlichen Volksparteiler wieder das auf ihre Fahnen geschrieben, was in den wirtschaftlichen Bestimmungen des am 23. Oktober von der Saarbevölkerung abgelehnten Saarstatuts — wenn auch etwas verschwommen — zum Programm erhoben worden war.

Im Artikel XII dieses Statuts hieß es:

> Bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Saar ist das Ziel zu erreichen, gleichartige Beziehungen zu schaffen, wie sie zwischen Frankreich und der Saar bestehen ... Auf dem Währungsgebiet bleibt die derzeitige Regelung bis zur Schaffung einer Währung europäischen Charakters in Kraft.

Auch die deutschen Heimatbundparteien können nicht übersehen, daß das wirtschaftliche Verhältnis zu Frankreich eine Lebensfrage der Saar ist. Etwa die Hälfte der saarländischen Kohle- und Stahlproduktion wird von Frankreich und den Gebieten der französischen Union abgenommen; mit den Erzeugnissen der seit Kriegsende beträchtlich gewachsenen weiterverarbeitenden Industrie steht es ähnlich.

Die eisenverarbeitende Industrie setzte 1954 wertmäßig 50,7 Prozent ihrer Erzeugnisse in Frankreich, dagegen nur 3,5 Prozent in der Bundesrepublik ab. Die übrige weiterverarbeitende Industrie fand zu 78 Prozent im Saarland, zu 17,7 Prozent in Frankreich, zu 3,1 Prozent in der Bundesrepublik und zu 1,2 Prozent in anderen Ländern Abnehmer für ihre Waren. „Wenn es heim ins Reich geht, verliert ihr eure Arbeitsplätze", hieß deshalb während des Abstimmungs- und Wahlkampfes in den Industriebezirken die Parole der Hoffmann-Anhänger.

Der Erfolg blieb auch nicht aus. In Mettlach, dem Sitz der Keramikwerke Villeroy & Boch, die den größten Teil ihrer Produktion nach Frankreich und den französischen Kolonien liefern, wurde nicht nur das Saarstatut am 23. Oktober mit Mehrheit akzeptiert, sondern die CVP erhielt dort auch bei den Landtagswahlen die meisten Stimmen.

Bei einem Abbau der Zollgrenze zwischen dem Saargebiet und der Bundesrepublik könnte der Absatz saarländischer Fertig- und Halbfertigwaren an Deutschland zweifellos gesteigert werden, argumentiert Hoffmanns Wirtschaftsexperte Franz Ruland. „Aber niemals würde der deutsche Markt den französischen ersetzen können. Der deutsche Markt ist für Erzeugnisse der saarländischen weiterverarbeitenden Industrie nicht mehr aufnahmefähig. Die Kapazität dieser Industrie in der Bundes-

* Täglich flossen in der Vorweihnachtszeit über eine Million Mark über die Saargrenze ins Bundesgebiet.